

## Redebeitrag zum 1. Mai

(gehalten auf der Abschlusskundgebung des Antifaschistischen Ratschlags nach der verhinderten Nazikundgebung)

Heute, am internationalen Kampftag der Arbeiter\_innenbewegung, wollen wir einen Aktionsvorschlag des bundesweiten M-31-Netzwerks publik machen – einen Vorschlag, der dazu beitragen soll, dass auch in diesem Land mehr Bewegung in den grenzüberschreitenden Widerstand gegen die europäische Krisenpolitik kommt. Doch beginnen wir zunächst mit einem kleinen, selektiven Rückblick auf diesen Widerstand:

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 31. März 2012, zog eine antikapitalistische Demo mit ca. 6000 Leuten durch Frankfurt. Sie war Teil eines internationalen Aktionstags gegen den Kapitalismus, der vom M-31-Netzwerk ausgerufen und organisiert wurde. Dem M-31-Netzwerk aus anarchosyndikalistischen und basisorientierten Gewerkschaften, antifaschistischen Gruppen und Organisationen aus dem antiautoritären und antikapitalistischen Spektrum gelang es einen ersten länderübergreifenden Aktionstag zu organisieren, an dem sich Menschen in mehr als vierzig Städten beteiligten – und das nicht nur in Europa.

Am 14. November 2012 riefen verschiedene Gewerkschaften vor allem südeuropäischer Länder zu einem eintägigen Generalstreik auf. In Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Zypern und Malta wurde die Arbeit niedergelegt, in vielen weiteren Ländern gab es verschiedene Protestaktionen. Kurz: In Europa war was los an diesem Tag. Allerdings nicht in ganz Europa. In Deutschland passierte so ungefähr nichts! DGB-Chef Sommer konnte sich gerade so ein paar solidarische Grüße abringen. Auf [labournet.de](http://labournet.de) wurde die Situation treffend zusammengefasst: „Während in den Krisenländern große Lernschritte hin zu grenzüberschreitender, gemeinsamer Aktionen getan werden, hat der 14. November einmal mehr gezeigt, dass es schlecht bestellt ist um die Solidarität in der Bundesrepublik, wo sie doch gerade hier gefordert wäre!“ Aber was will man auch von Gewerkschaften erwarten, deren Führungsriege sich damit brüstet, dass sie es waren, die trotz massiver Sozialkürzungen in diesem Land den sozialen Frieden gewahrt haben. Solche Gewerkschaften *denken* offensichtlich noch nicht einmal daran, einen solidarischen Kampf der Lohnabhängigen gegen ein ausbeuterisches System zu organisieren, sondern – national borniert wie sie sind – vor allem daran, die Arbeitsplätze im Standort Deutschland zu sichern. Wenn wir also eine grenzüberschreitende solidarische Praxis entwickeln wollen – und alles andere wäre zu wenig –, verbietet es sich, auf die DGB-Gewerkschaften zu setzen und darauf zu warten, dass von ihnen entscheidende Impulse ausgehen. Diese Impulse müssen von unten, von der sich selbst organisierenden Basis kommen.

Deshalb macht das bundesweite M-31-Netzwerk folgenden Vorschlag: Wir rufen dazu auf, sich auf betrieblicher- und auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen hier vor Ort aktiv an einem zukünftigen europäischen Generalstreik oder einem im Herbst 2013 zu erwartenden Generalstreik in Spanien zu beteiligen. Denn wir glauben, dass es allerhöchste Zeit ist, auch in Deutschland zu thematisieren und bekämpfen, was derzeit in Europa geschieht – und das jenseits der x-ten Kundgebung vor dem griechischen oder spanischen Konsulat. Dabei setzen wir auf die Beteiligung von Menschen, die aus

den unterschiedlichsten Beweggründen den aktuellen Entwicklungen aktiv etwas entgegensetzen möchten. Natürlich werden wir den Laden hier nicht derart stilllegen können, wie das in anderen Ländern geschieht. Aber es gibt trotzdem Möglichkeiten, sich hier vor Ort an einem Generalstreik zu beteiligen – und das nicht nur an Schulen oder Unis, an denen entsprechende Vertretungen Streiks bzw. Vollversammlungen ausrufen können. Es gibt auch auf betrieblicher Ebene die Möglichkeit, sich einzuklinken, denn Betriebsräte können Betriebsversammlungen einberufen und so für eine Niederlegung der Arbeit sorgen. Die Betriebsversammlung kann zusätzlich außerhalb des Betriebs abgehalten werden, beispielsweise in einem öffentlichen Streikbüro. All das – Schulstreik, Uni-Vollversammlungen und Betriebsversammlungen – kann in verschiedenen Städten gleichzeitig mit anderen Aktionen stattfinden – von der Störung des Busverkehrs durch mobile Streikposten, über Performances an öffentlichen Orten, die Besetzung von Häusern bis hin zur Präsenz vor besonders "miesem" Betrieben, Jobcentern oder Flüchtlingsheimen. Und das sind nur einige wenige Ideen. Es gibt eine Reihe anderer Möglichkeiten, den Alltagsbetrieb zu stören und so nicht nur die Kämpfenden und Streikenden in Europa öffentlichkeitswirksam zu unterstützen, sondern auch für die Verbesserung unserer eigenen Arbeits- und Lebenssituation zu kämpfen.

Denn Gründe dazu, die Arbeit massenhaft niederzulegen, gibt es auch in diesem Land genug – Deutschland steht schließlich nicht umsonst als relativer Krisengewinner da. Vieles von dem, was aktuell mit brachialer Gewalt und sachverständiger Dummheit in den Krisenländern an sogenannten Reformen durchgesetzt wird (faktisch handelt es sich um bloße Kürzungsschlachten), hat in Deutschland in weniger Aufsehen erregender Form schon stattgefunden – quasi in vorauseilendem Gehorsam, damit kennt man sich in Deutschland aus. Zu denken ist hier natürlich vor allem an die Agenda 2010, die Schröder 2003, also genau vor zehn Jahren, verkündete. Zu ihr hatten die Gewerkschaften als Teil der Hartz-Kommission im Übrigen ihren Teil beigetragen. Nur zur Erinnerung sei hier kurz der Kern der damaligen Rede zitiert. Schröder trat vor den Bundestag und sagte: „Ich möchte Ihnen heute Punkt für Punkt darlegen, welche Maßnahmen nach Überzeugung der Bundesregierung vorrangig ergriffen und umgesetzt werden müssen - für Konjunktur und Haushalt, für Arbeit und Wirtschaft, *für die soziale Absicherung im Alter und bei Krankheit. Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.*“ Das heißt also seitdem soziale Absicherung: dass gefälligst jeder für sich selbst zu sorgen hat. Etwas konkreter in der Agenda 2010 enthalten waren entsprechend: die Streichung von Leistungen aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen, die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Beschränkung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und die Ausweitung der Zumutbarkeitskriterien bei Jobangeboten. Die Folge: heute gibt es in Deutschland einen Niedriglohnsektor, der mit 8 Millionen Beschäftigten fasst so groß ist, wie die gesamte Bevölkerung Griechenlands. Mit der Einführung von Hartz IV wurden nicht nur die Bestrafungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit ausgeweitet, der Druck auf die Lohnabhängigen, noch die beschissenste Arbeit unter beschissensten Umständen anzunehmen, wurde massiv verschärft. Und er wird weiter ausgebaut: Erst vor wenigen Wochen wurde die Weisung bekannt, die Agentur für Arbeit solle Krankschreibungen eingehend kontrollieren. Das geht so weit, dass ärztlich Atteste angezweifelt werden sollen.

Es gibt also tausend gute Gründe, diesen Laden lahm zu legen und sich an einem nächsten Generalstreik zu beteiligen. Aber so was passiert natürlich nicht von allein. Damit eine solche Idee Wirklichkeit werden kann, braucht es viele Diskussionen im Vorfeld. Das bundesweite M-31-Netzwerk hat deshalb heute diesen Vorschlag in Papierform veröffentlicht und wir rufen dazu auf, ihn bei allen Gelegenheit zu diskutieren. Denn es wird Zeit den sozialen Frieden in Deutschland aufzukündigen. Und es wird Zeit aus der Lethargie und Passivität auszubrechen, in die uns das jahrelange Gefasel von Eigenverantwortung versetzt hat. Es gibt Möglichkeiten kollektiv handlungsfähig zu werden.

Diese Möglichkeiten wollen wir nutzen – und wir hören mit der Scheiße nicht auf, bis die Scheiße aufhört!

*campusantifa/ sozialrevolutionäres Krisenbündnis Frankfurt: 05/2013*